

und kräftig geworden war, tatsächlich eine bedeutende Hebung der Lage der Kollegenschaft möglich war.

Das lehrt ein Vergleich der Berufsverhältnisse zur Zeit der Begründung des Fachvereins und heute. Ueber die damaligen Lohn- und Arbeitsverhältnisse gibt eine Statistik aus dem Jahre 1888 Aufschluß; über die heutige Lage unterrichtet die Statistik vom Jahre 1908. Damals betrug die Arbeitszeit der Lithographen nur in 18 Firmen höchstens 8, in 35 aber mehr als 8 Stunden täglich; in 4 Anstalten wurde noch 10 und in einer sogar 10 1/2 Stunden gearbeitet. Die Durchschnittsarbeitszeit der Lithographen war 8 3/4 Stunden. Heute ist der Achtstundentag bis auf einige Ateliers für Modezeichnungen vollständig durchgeführt! Bei den Steindruckern wurde 1888 nur in 27 Firmen höchstens 9, in 57 aber 9 1/2 Stunden und darüber täglich gefordert. Heute arbeiten nur noch 2 Steindrucker 9 1/2, 244 aber weniger als 9 und alle übrigen 9 Stunden täglich. Die Durchschnittsarbeitszeit verringerte sich von mehr als 9 1/2 auf 8 Stunden 55 Minuten!

Anderseits sind die Durchschnittslöhne erfreulich gestiegen. Heute beträgt das Lohnminimum für Ausgelernte in Berlin 21 Mark, während damals noch zahlreiche, auch ältere Kollegen mit Lohnsätzen unter 18 bis herab zu 12 und 11 Mark abgespeist wurden. Der Durchschnittslohn der Lithographen betrug 1888 noch 27,19 Mk., heute aber 32,17 Mk., während er sich bei den Steindruckern 1888 auf 26,13 Mark und heute auf 31,91 Mk. bezifferte. Während also der Wochenlohn der Lithographen durchschnittlich annähernd um 5 Mk. stieg, verkürzte sich ihre wöchentliche Arbeitszeit fast um 4 1/2 Stunden, und während der Wochenlohn der Steindrucker um 5,82 Mk. in die Höhe ging, sank ihre Arbeitszeit um mehr als 3 1/2 Stunden wöchentlich!

Heute ist ferner die Feiertagsbezahlung allgemein durchgeführt, wogegen noch im Jahre 1901 zwei Drittel aller Berliner Lithographen und Steindrucker die Feiertage gar nicht bezahlt erhielten. Auch der Zuschlag für Ueberstunden bestand 1901 nur in beschränktem Umfang und in niedrigen Sätzen. Heute ist er vollständig und in der Höhe von mindestens 25 Prozent eingeführt. Vor allen Dingen wurde aber der schrankenlosen Lehrlingszuchterei und -Ausbeutung gründlich das Wasser abgegraben und einer Lehrlingskala Geltung verschafft, die es ganz unmöglich macht, daß ein Unternehmer, wie es vor 25 Jahren noch üblich war, 3- bis 10mal soviel Lehrlinge wie Gehilfen beschäftigt und daß in einer Anstalt sogar auf 1 Gehilfen 40 Lehrlinge kommen, wie bei der Begründung des Fachvereins festgestellt wurde.

Die Organisation hat also zweifellos zu einer Gesundung der Berufsverhältnisse in Berlin sehr viel beigetragen, besonders in den letzten 6 bis 7 Jahren. Aber nicht nur bei den Lithographen und Steindruckern, sondern auch bei den übrigen in unserem Verband organisierten Sparten, besonders bei den Chemigraphen, Kupferdruckern und Lichtdruckern, für die durch ihre Tarife gesunde und entwicklungsfähige Verhältnisse herbeigeführt wurden.

Diese erfolgreiche gewerkschaftliche Arbeit ist aber erst richtig möglich gewesen, nachdem durch die Einführung von Unterstützungseinrichtungen mannigfacher Art die Mitgliederziffern stabil gestaltet wurden. Dadurch wurde die Organisation in sich gefestigt und schlagfertig gegen das Unternehmertum. Die Mitglieder lernten begreifen, welchen starken Rückhalt sie ihnen in jeder Lage des Lebens gewährt und welchen gewaltigen Machtfaktor eine kräftige Organisation für die Hebung der Lage der Arbeiterschaft darstellt. Sie blieben ihr treu und wurden zu begeisterten Klassenkämpfern. Welchen Umfang die humanitäre Wirksamkeit unserer Organisation angenommen und wieviel Not und Elend sie im Laufe der Jahre gemildert hat, lehren folgende, aus den Mitteln des Verbandes in Berlin ausgezahlten Summen, in denen die aus lokalen Mitteln und durch

die lokalen Zuschüssen geleisteten Unterstützungen nicht inbegriffen sind.

Es wurden verausgabt für:	
Reiseunterstützung seit 1894	28420,95 Mk.
Gemäßregeltenunterstützung seit 1895	19554,35 „
Rechtsschutz seit 1897	3346,50 „
Umzugskosten seit 1899	9760,85 „
Arbeitslosenunterstützung seit 1899	247730,95 „
Krankenunterstützung seit 1905	232940,— „
Sterbegeld seit 1905	10750,— „
Invalidenunterstützung seit 1905	65405,60 „
Witwenunterstützung seit 1905	25662,30 „
Ausgesteuertenunterstützung seit 1909	34960,50 „
Insgesamt also seit 1894	679532,— Mk.

Alles in allem kann also unsere Organisation in Berlin auf eine befriedigende gewerkschaftliche und humanitäre Wirksamkeit zurückblicken. Sie hat sich aus kleinen und schwächlichen Anfängen zu ihrer heutigen Größe und Stärke entwickelt und ist für die Arbeiterschaft ein festes Bollwerk gegen das Unternehmertum und ein zuverlässiger Hort in den Nöten des Lebens geworden. Möchten das auch die letzten begreifen und in unsre Reihen eintreten! Möchte denn der Jubilar in alle Zukunft eine erfolg- und segensreiche Wirksamkeit beschieden sein. Wir beglückwünschen die Berliner Kollegenschaft zur Vierteljahrhundertfeier ihrer Organisation. *Vorwärts immer, rückwärts nimmer!* Das sei auch in Zukunft die Parole.

Rundschau.

Gewaltige Wahlrechtsdemonstrationen fanden wieder am vergangenen Sonntag in ganz Preußen statt, um den unbeugsamen Willen des preußischen Volkes, besonders der Arbeiterschaft zur Erringung der politischen Gleichberechtigung im Staate noch vor der Schlußabstimmung des Abgeordnetenhauses über den Wahlrechtswechsel, die am 12. April stattfindet, erneut machtvoll zum Ausdruck zu bringen. In Berlin hat der Polizeipräsident seinen fruchtlosen Widerstand gegen Straßendemonstrationen und Versammlungen unter freiem Himmel aufgeben müssen, und so fanden denn im Treptower Park, im Friedrichshain, wo die im Jahre 1848 gefallenen Freiheitskämpfer eine kühle Ruhstätt gefunden haben, und im Humboldthain Riesensammlungen statt, durch die von neuem die flammende Entrüstung und der entschiedenste Protest gegen die Wahlrechtsheuchelei und Wahlrechtsmeuchelei der Regierung und des Schnapsblocks zum Ausdruck gebracht wurden. Da sich die Polizei nicht einmischte, verlief die ungeheure Demonstration in musterhafter Ordnung und ohne Zwischenfälle. Sie legte Zeugnis ab von der vortrefflichen Schulung der Massen, die politisch reif sind und denen man daher die politische Gleichberechtigung eher oder später unbedingt gewähren muß.

Die Tarifbewegung im Baugewerbe wird aller Voraussicht nach in diesen Tagen zum Kampfe führen. Die Bauarbeiterorganisationen haben auf ihren Verbandstagen, die am 4. April und den folgenden Tagen in Berlin abgehalten wurden, einmütig und geschlossen den Fehdehandschuh aufgenommen, den ihnen die Unternehmerorganisation frivol vor die Füße geworfen hat. Die Anträge der Unternehmer (s. „Or. Pr.“ Nr. 13) wurden auf der ganzen Linie zurückgewiesen und damit zu erkennen gegeben, daß die Bauarbeiterschaft nicht gewillt ist, sich der brutalen Diktatur der Unternehmer zu unterwerfen. Dem deutschen Arbeitgeberverband für das Baugewerbe gehören ungefähr 22000 Baugeschäfte an, die etwa 320000 Arbeiter beschäftigen. Bleibt also der Unternehmerverband auf seinem Beschlusse bestehen und will er sein Tarifvertragsmuster, das den Arbeitern jede Aussicht auf Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage, auf Verkürzung der Arbeitszeit und ein Mitbestimmungsrecht im Arbeitsverhältnisse vollständig unterbindet, durchsetzen und zur Ausprägung schreiten, dann werden die nächsten Wochen uns einen Kampf bringen, wie er in Deutschland noch nie zu verzeichnen war. Die Arbeiter sind gerüstet. Mit stütlichem Ernste haben sie auf ihren Verbandstagen die Lage nach allen Seiten abgewogen und, sich ihrer großen Verantwortlichkeit wohl bewußt, die letzten Maßnahmen beschlossen, die den Unternehmern zeigen werden, daß die deutschen Bauarbeiter und mit ihnen die gesamten gewerkschaftlich organisierten Arbeiter keine Heiolen sind, daß sie bereit sind, für ihre idealen und wirtschaftlichen Ziele auch alles einzusetzen, wie es sich für rechte Männer geziemt. Die ersten Angriffe sind schon erfolgt, es wurden in den letzten Tagen in verschiedenen Städten von den Bauunternehmern Tausenden von Mauern, Zimmerern, Gipsern und Hilfsarbeitern die Kündigung ausgesprochen. In letzter Stunde

hat sich nun das Reichsamt des Innern zu einem Vermittlungsversuch angetragen, der zu einer nochmaligen Konferenz zwischen den beiderseitigen Vertretern am 8. April unter dem Vorsitz des Geheimrats Wiedefeld führte. Die Verhandlungen sind aber an der Hartnäckigkeit der Unternehmer gescheitert. Die Verantwortung für die Folgen des Kampfes fällt daher einzig und allein auf das Unternehmertum zurück. Daß man nicht überall mit den scharfmacherischen Maßnahmen der Leitung des Unternehmerverbandes einverstanden ist, beweisen die definitiven Tarifabschlüsse, die im Hamburger und Neuruppiner Baugewerbe erfolgten und den Arbeitern beträchtliche Lohnerhöhungen brachten.

Fusion zweier Kunstanstalten in Saalfeld a. S. Die Saalfelder Firma Schlick & Schmidt, die das unbestrittene Verdienst hat, für zahlreichen Nachwuchs im Lithographiegewerbe gesorgt und halb Deutschland mit Lithographen und Steindruckern versorgt zu haben, ist nicht mehr. Amtlich wird bekannt gemacht: „Im Handelsregister ist heute eingetragen worden, daß die Kaufleute Gustav Schmidt, hier und Eduard Schmidt, hier in die offene Handelsgesellschaft *Wiedemann'sche Hofbuchdruckerei* hier als persönlich haftende Gesellschafter eingetragen sind.“ Den beiden verstorbenen Firmengründern Otto Schlick und Hermann Schmidt ist also jetzt die Firma selbst gefolgt. Wir weinen der Dahingeschiedenen keine Träne nach. War sie es doch, die den keramischen Buntdruck, den sie Anfang der 90er Jahre zuerst einführt und der dem lithographischen Gewerbe hätte zum Segen reichen können, durch stette Verbilligung der Preise zwecks Verdrängung der Konkurrenz stark herunterbrachte. Dabei waren natürlich die Arbeiter die Leidtragenden. Nirgends wurden in Keramik so geringe Löhne bezahlt wie bei Schlick & Schmidt, wodurch ein beständiger Wechsel des Personals entstand, so daß die Firma, die Konkurrenz völlig ausschalten wollte, von letzterer überflügelt wurde. Und heute ist sie also ganz von der Bildfläche verschwunden! Ihre Preisunterbietung und Lohndrückerei hat sich schließlich an ihr selbst gerächt.

Ein außerordentlicher Gewerkschaftskongreß, der sich nur mit der Reichsversicherungsordnung beschäftigen soll, wird von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands für den 25. April nach Berlin einberufen. Auch die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine, die christlichen Gewerkschaften und die polnische Berufsvereinigung wurden zu der Veranstaltung, auf die wir noch zurückkommen werden, eingeladen.

Bei den Gewerbeerichtswahlen in Offenbach a. M. erhielten die freien Gewerkschaften 6384 und ein christlich-gelbes Kartell 852 Stimmen. Nach dem Verhältniswahlsysteme kommen somit auf erstere 18 Vertreter und 2 auf die Gegenpartei.

Aus dem Auslande.

Amerika. Der Generalstreik in Philadelphia hat zum Siege geführt. Nach langwierigen Verhandlungen, in denen der Vermittler, der republikanische Bundes Senator Penrose, seine ganze Energie für eine Beilegung des Streites zwischen der Straßenbahngesellschaft und ihrem Fahrpersonal einsetzte, gab die Gesellschaft auf der ganzen Linie nach. Die Organisation wurde anerkannt und ein Beschwerdekomitee zugestanden: zwei Punkte, die vorher „grundsätzlich“ abgelehnt worden waren. Die Lohnerhöhung (23 Cts. Stundenlohn jetzt, 23 1/2 vom 1. Juni an, statt 22 bzw. 23 Cts.) wurde bewilligt. Ueber die Wiedereinstellung der vor Ausbruch des Streiks entlassenen Angestellten entscheidet ein Schiedsgericht. Die Ausständigen werden bis spätestens in zwei Monaten wieder eingestellt und erhalten bis dahin zwei Dollar Tagegeld. Damit ist der geplante Generalausstand für den ganzen Staat Pennsylvania gegenstandslos geworden. — Der amerikanische Hutmacherverband wurde zu einer *Boycottthuse* von 220000 Dollars verurteilt, und zwar durch das Bundesgericht in Hartford. Diese Summe soll der Verband an die Hutfabrikanten Loewe & Co. in Danbury zahlen. Die Geschworenen schätzten den Schaden, der der Firma durch den Boykott zugefügt wurde, auf 74000 Dollars. Die Richter machten aber dann von der Gesetzesbestimmung Gebrauch, die ihnen erlaubte, den Betrag um das Dreifache zu erhöhen. Der Prozeß dauerte sechs Jahre, und sein Resultat wird, wenn die dagegen eingelegte Berufung erfolglos bleibt, den betreffenden Verband vernichten. Die Konsequenzen dieses Urteils sind für sämtliche amerikanischen Gewerkschaften derartige, daß sie jedenfalls ihre ganze Kraft zur Anwendung bringen werden, um solche echt-amerikanische Gesetze zu Falle zu bringen. Tatsächlich scheint die unerhörte Entscheidung für die Gewerkschaften in Amerika der Anlaß zum Einschlagen neuer Bahnen zu werden. Das New-Yorker Gewerkschaftskartell, das diese Frage in einer besonderen Sitzung verhandelte, beschloß, an Oompers und die übrigen Gewerkschaftsführer die Aufforderung zu richten, sofort zur Gründung einer unabhängigen Arbeiterpartei nach dem Vorbilde der englischen Arbeiterpartei zu schreiben. Die Newyorker hoffen, daß sich alle größeren Gewerkschaftskartelle diesem Beschluß anschließen werden.

England. Die Zentralisation der englischen Gewerkschaften macht rasche Fortschritte. Ende

1907 wurden vom englischen Arbeitsamt insgesamt 2.406.746 Mitglieder in nicht weniger wie 1173 selbständigen Gewerkschaften gezählt. Dieses erscheint auf den ersten Blick als eine grenzenlose Zersplitterung, doch sind alle diese Gewerkschaften, abgesehen von ganz unbedeutenden Ausnahmen, wiederum größeren Landes-, Industrie- oder Berufsverbänden angeschlossen. Solcher Verbände der Verbände gab es Ende 1907 insgesamt 106 mit 2.800.000 Mitgliedern. (Manche Gewerkschaften gehören mehreren Gewerkschaftsverbänden zugleich an.) Dies bedeutet eine Zunahme von 900.000 Mitgliedern seit 1904, während die Mitgliederzunahme aller bestehenden Gewerkschaften im gleichen Zeitraum 500.000 betrug, so daß also mindestens noch 400.000 von den schon früher gewerkschaftlich organisierten sich zu größeren Verbänden zusammenschlossen. So wurden derartige Gewerkschaftsverbände in den letzten drei Jahren neu gegründet in der Textilindustrie, Metallindustrie, Holzindustrie, sowie für Former, Handelsangestellte und ungelernete Arbeiter. Diese sechs Zentralorganisationen zählen fast eine halbe Millionen Mitglieder. Die größten Organisationen sind jedoch die Gewerkschaftsverbände der Bergarbeiter (460.000 Mitglieder), sowie die General Federation of Trade Unions. Diese letztere Organisation stellt die eigentliche Landeszentrale Englands dar, wengleich ihr Hauptzweck zur Zeit der Gegenseitigkeitsversicherung der angeschlossenen Organisationen gegen Streiks und Aussparungen ist. Sie zählte an Mitgliedern Ende 1904: 400.000, Ende 1907: 600.000 und Ende 1908 über 700.000. Dem internationalen Sekretariat der gewerkschaftlichen Landeszentralen (Berlin) gehört nur diese Organisation an; doch unterhalten auch manche anderen Verbände ständige Verbindungen mit den Gewerkschaften des Auslandes.

Frankreich. Im Jahre 1909 bestanden in Frankreich insgesamt 143 Arbeitsbörsen, die bekanntlich zumeist nicht nur den Gewerkschaften von der Gemeinde gratis zur Verfügung gestellt werden müssen, sondern die zumeist auch noch bare Geldunterstützung zur Förderung ihrer kostenlosen Arbeitsnachweise erhalten. Im Jahre 1908 bezogen 102 Arbeitsbörsen von den betreffenden Gemeinden 314.726 Fr. und von der Provinz 52.225 Fr., zusammen also 366.951 Fr. Subvention. Darunter befindet sich z. B. eine Arbeitsbörse in Draguignan, der 128 organisierte Arbeiter angeschlossen sind, die 1500 Fr. jährliche Subvention bar beziehen. Die Subvention der Pariser Arbeitsbörse beläuft sich auf 110.000 Fr., dabei enthalten die beiden Gebäude, welche die Stadt den Gewerkschaften mitsamt der Einrichtung und Bedienung gratis zur Verfügung stellt, über 100 Bureaus und Versammlungssäle, die 50-3000 Personen fassen. Die Barsubventionen werden von den Gewerkschaften selbst, jedoch unter Aufsicht und Kontrolle des Präfekten, verteilt, und zwar entsprechend der Mitgliederzahl und der Bedeutung des Arbeitsnachweises der betreffenden Gewerkschaft, der ja dadurch gefördert werden soll. Die Zahlen über die effektuierten Vermittlungen sind daher nicht allzu zuverlässig. Die reformistische Richtung in der französischen Gewerkschaftsbewegung agitiert sehr lebhaft dafür, daß die Gewerkschaften durch entsprechende Beitragsleistung der Mitglieder sich in den Stand setzen sollen, auf jede Subvention von seiten der Gemeinde und des Staats, die unter solch unwürdigen Bedingungen gegeben wird, wie dies zurzeit der Fall ist, zu verzichten. Die französischen Gewerkschaften erhalten aber auch zum Besuche von Ausstellungen, größeren Etablissements, Kongressen (auch gewerkschaftlichen) im In- und Auslande recht oft erhebliche Unterstützung, und zwar u. a. unter der Bedingung, daß die Delegierten nach ihrer Rückkehr der Behörde einen Bericht über ihre Reise, den Kongreß usw. liefern.

Wirtschaftliche Monatsschau.

Berlin, den 9. April 1910.

Der Kampf der Bauarbeiter und die Lage des Baumarktes, 100prozentige Zwischengewinne, Börsenängste, Preisschwankungen auf dem Eisenmarkt, die Lage im Kohlenbergbau, die kommende Erneuerung der beiden großen Montanverbände, Groß-Gelsenkirchen, Vom Mohr, der seine Arbeit getan hat. Die Drahtzieher. Die Situation der Arbeiter.

Wenn diese Zeilen gelesen werden, ist die Entscheidung im Baugewerbe schon gefallen. Es bleibt zu hoffen, daß es nicht zum alleräußersten, zum Kampfe über ganz Deutschland kommt. Die Scharmacher sind ja auch im Baugewerbe nicht über das gesamte Reich gleichmäßig dicht gesät. Die wirtschaftliche Bedeutung des Kampfes geht weit über das eigentliche Baugewerbe hinaus, ganz abgesehen davon, daß die Macht der Bauunternehmer schon so weit geht, daß sie die Zement- und Ziegellieferung ebenfalls mit in den Kampf gegen ihre eigenen, den scharfmacherischen Ratschlägen nicht folgenden Genossen führen können. Die Beunruhigung, die durch den Kampf seit Monaten vorhanden ist, hat den Baumarkt und alle die Branchen, die unmittelbar oder mittelbar in ihm ein größeres oder kleineres Absatzgebiet für ihre Produkte haben, stark und ungünstig beeinflusst. Dies ist gerade jetzt, wo der Arbeiter großes Interesse an einer sich bessernden Konjunktur hat, zu bedauern, es bedeutet aber einen geringen Einsatz, wenn man sich überlegt, daß jetzt im Baugewerbe die Entscheidung für die deutschen Scharmacher fällt. Die Arbeiter sind geschlossen aufmarschiert; sie wußten

vom ersten Tage an, um welche Werte gekämpft werden muß. Ihre Beschlüsse nach der finanziellen Seite hin stellen gewaltige Leistungen dar, und dies um so mehr, weil sie freiwillig durch die Solidarität der Massen verwirklicht werden.

So sehr der Baumarkt jetzt durch den Riesenkampf beeinflusst ist, zeigt sich doch gegen 1907 und 1908 für 1909 eine deutliche Besserung. Der wichtigste Beweis dafür ist, daß die Terraingesellschaften, die kapitalistisch rentabelsten Unternehmungen im Häuserbau, für 1909 wieder gesteigerte Gewinne melden. Ein Schulbeispiel für die Gewinnmöglichkeiten dieser Gesellschaften mit unbeschränkter Herrschaft über die Allgemeinheit ist die *Berlinische Bodengesellschaft*. Sie kann ihren Aktionären dieses Jahr wieder 100% Dividende, wie im Vorjahre, anweisen. Das Unternehmen steht der Dresdener Bank sehr nahe. Der Gewinn resultiert im großen und ganzen aus dem Verkauf von 150 Baustellen, er beträgt — bei einem Aktienkapital von einer Million — die nette Summe von 1358877 Mark! Dazu kommen dann noch für rund hunderttausend Mark Zinsgewinne. Von dem verbleibenden reinen Uberschuß in der Höhe von 1269304 Mark erhielten erst Aufsichtsrat und Direktorium zusammen 191617 Mark *Tantieme*, dann die Aktionäre eine Million Mark als Dividende, der Rest wurde auf neue Rechnung vorgetragen. Und die Allgemeinheit mag die Kosten der Liebhaberpreise, die aus solch lukrativen Baustellenverkäufen entstehen, zahlen. Dabei wird dann noch gemauert, daß man keine Wertzuwachssteuer zahlen könne und daß die hohen Arbeiterlöhne die Mieten so teuer machten. In Wirklichkeit ist die allererste Ursache der ungläublichen Bodenwucher. Wenn die Bodenspekulation ihren Profit gemacht hat, und daß Terrain ist so teuer geworden, daß ein Privathaus die notwendige Verzinsung auch bei den allerhöchsten Mieten nicht einbringt, dann kommt die Bauspekulation und baut Warenhäuser, Eispaläste oder Theater darauf. Wir führen schon vor einiger Zeit einmal eine Anzahl solcher Fälle aus der Reichshauptstadt an. Die Komische Oper in Berlin, der Berliner Eispalast, alles sind solche Gründungen. Das neueste Objekt dieser Art ist eine *Große Oper*. In Berlin W, wo die Bodenspekulation den Grund- und Bodenpreis auf unerreichbare Höhen getrieben hat, entdeckte das Konsortium, das schon den Eispalast baute, daß ein Bedürfnis nach einer Großen Oper sei. Die Schlagworte: »Vornehmster Styl«, »Wagnerpflege«, »erste Künstler«, »Meisterorchester« genügen, um der Opernaktiengesellschaft das Grundstück mit 600.000 Mark Gewinn aufzuhängen. Und nicht allzulange Zeit wird vergehen, da wird da draußen am Kurfürstendam allabendlich der Kunst Großer und Größter gehuldigt, weil — die Grundstücksspekulation nicht wußte, was sie mit einem überbewerteten Grundkomplex anfangen sollte.

Die Börse zeigte in den vergangenen Wochen zu verschiedenen Malen, auf wie schwachen Füßen eigentlich ihre Hochkonjunkturbegeisterung steht. Heute ist schon die Masse der Aktienpapiere in den schwächsten Händen angelangt, da diese die Letzten in dem Kreise der Aktienspekulation sind, natürlich zu den höchsten Preisen. Die Stimmung der Börse ist für sie der absolute Maßstab der Dinge. Wenn da nun wirklich einmal ein größerer Posten Papiere an einem Tage verkauft wird, da laufen die Verkaufsdresdes der Aengstlichen gleich stürmisch ein, und die Börse — bekommt selbst den heillossten Schrecken:

Auch die kleinsten Preisschwankungen wichtiger Industrieprodukte sind oft Anlaß zu im Quadrat gesteigerten Hoffnungen oder Befürchtungen. So kam erst vor wenigen Tagen eine Mitteilung mit solcher Wirkung aus Belgien. Dort waren die Eisenpreise etwas gesunken. Wenn Belgien auch den Rückgang der Preise auf dem Eisenmarkt des Kontinentes im Jahre 1907 anzeigte, so ist doch noch lange nicht gesagt, daß es sich bei jedem Male um ähnlich bedeutsame Anzeichen handelt. Da sind die verschiedensten Ursachen, oft sehr lokaler Natur, die solch kleine Verschiebungen des Preisniveaus anzeigen. Von dem Gesichtspunkt aus, der für die Arbeiter maßgebend ist, sind diese Preisschwankungen nur die feinen Vibrationen des weiter aufwärts steigenden Kurvenzeigers am Gradmesser des Wirtschaftsmarktes.

Die Lage im Kohlenbergbau zeigt in den Ursachen dieser feinen Schwankungen eine Reihe besonderer Tatsachen, die nicht übersehen werden dürfen. Das rheinisch-westfälische Kohlensyndikat hatte die Einschränkung der Förderung seiner Mitglieder für das erste Vierteljahr 1910 etwas gemildert, die darin ausgedrückten Hoffnungen haben sich aber nur zum Teil erfüllt. Der Absatz des Hochofenkokes, also die Lieferung an die Eisen und Stahl produzierenden Werke, hat sich etwas gebessert, sonst ist's aber eher schlechter geworden. Die Zahl der Feierschichten ist auf einzelnen Gruben bis zu zwei in der Woche gestiegen. Dazu sind auch noch die Kohlen- und Kleinkoksvorräte größer geworden. Die Verstärkung der Absatzschwierigkeit, die sich in diesen Tatsachen scheinbar ausdrückt, hat nicht nur ihre Ursache in dem milden Wetter des Frühjahres. Einmal bleibt zu beachten, daß die Gruben in der kritischsten Zeit der Bergarbeitererregung auf Vorrat fördern ließen und ihre Läger noch weiter auffüllten, zum anderen liegen die Dinge so, daß einfach die Erzeugungsfähigkeit der einzelnen Werke durch den Ausbau neuer

Schächte und durch Neueinführung technischer Verbesserungen schneller gesteigert worden ist, als es der Markt verlangt. So erscheint die Kohlenproduktion als eine zum Schlagen fertige Armee, die nur auf das Zeichen der Hochkonjunktur wartet, um mit voller Kraft neue Rekordziffern und neue Riesenleistungen schaffen zu können.

Dann wirft auch ein großes Zukunftsereignis schon seine Schatten voraus. Es ist die *Erneuerung der beiden großen Montanverbände*. Bis zum Juni 1912 läuft noch der Vertrag des Stahlwerksverbandes, bis zum Dezember 1915 der des Kohlensyndikates. Der Fortbestand beider Verbände hängt in mancher Hinsicht von einander ab. Das Kohlensyndikat hat bereits einen Beschluß gefaßt, in Beratungen über die Neuschaffung des 1915 ablaufenden Vertrages schon jetzt einzutreten. Es sind die »reinen« Werke im Kohlensyndikat, die auf eine Erneuerung womöglich noch vor Ablauf des alten Syndikats hindrängen. Und damit taucht der alte Streit und die dauernde Gefahr für das Kohlensyndikat wieder auf. »Reine« Werke sind solche Kohlengruben, die ihre Kohlenproduktion nicht in eigenen Hochofen und Hütten verwerten können. Die »Hüttenzechen« dagegen sind Kohlenzechen, die sich Hüttenwerke usw. angeschlossen haben; sie sind in ihrem Eigenverbrauch an Kohle, der zurzeit der Hochkonjunktur durch das Syndikat ziffermäßig festgelegt worden ist, frei von Umlagen dieser Produktion, die die reinen Zechen für jede Tonne Kohle an die Syndikatsleitung zahlen müssen. Dazu kommt natürlich noch als Vorteil, daß auch die Frachtkosten usw. verringert werden und womöglich auch ganz wegfallen. Daß da Unzufriedenheiten entstehen mußte, ist klar. Die »gemischten« Werke haben von den 78 Millionen Tonnen Kohlenförderung des Syndikats rund 21 Millionen in ihren Händen, dazu kommen noch 17 Millionen Eigenverbrauch. Es ist also rund die Hälfte der gesamten Förderziffer des Syndikats in ihren Händen vereinigt, sie sind ohne weiteres eben durch ihre Verbindung mit Eisenwerken in einem Kampfe die wirtschaftlich Stärkeren gegenüber den »reinen« Zechen. Dazu kommt dann noch, daß die Leistungen der Außenseiter des Syndikates, meist noch im Ausbau begriffene Bergwerke, darunter die dem preußischen Fiskus gehörigen, eine immer gefährlicher werdende Konkurrenz darstellen. Der Preiskampf gegen das Syndikat seit 1908 weist dies deutlich aus. Außerdem ist es auch die Gefahr der englischen Kohle, die sich jetzt sogar im Herzen des Kohlensyndikates, in Rheinland-Westfalen einen verstärkten Absatz gesichert hat, die eine Erneuerung des Kohlensyndikates schwierig macht. Im Stahlwerksverband sind es andere Momente, die überdies zum Teil mit für den Bruderverband Gültigkeit haben, die eine Gefahr für das Fortbestehen dieses modernsten der deutschen Verbandsgebilde darstellen. Hier ist die Entwicklung auf die Pfade der Trustgesellschaften gekommen. Für die ersten Jahre des Ausbaues solcher Riesen der Montanindustrie war der Verband eine Notwendigkeit, jetzt kann und muß er ihnen allmählich zum Hindernis werden, das eine freie Entwicklung unmöglich macht.

Die Gelsenkirchener Bergwerks-A. G. erhöhte 1909 ihr Aktienkapital von 130 auf 156 Millionen Mark zwecks Beschaffung der Mittel zur Errichtung weiterer Hochofen, eines neuen Stahlwerkes und Walzwerkes bei Esch in Luxemburg. Die neuen Anlagen sind für eine Jahresproduktion von 400.000 bis 500.000 Tonnen Rohstahl eingerichtet. Dies bedeutet eine Erhöhung der Anteilsquote beim Stahlwerksverband um rund 100%! Um so viel müßten bei einer Erneuerung allein für dies eine Werk durch die übrigen Oesellschaften abgegeben werden! Die Gesellschaft überragt aber auch im Kohlensyndikat mit 8,6 Millionen Tonnen Kohlenbeteiligung und 1,7 Millionen Tonnen für Koks alle Anderen. Im Stahlwerksverband steht die Phönix A.-G. mit 1,1 Millionen Tonnen Beteiligung heute noch an der Spitze. Mit Groß-Gelsenkirchen wächst ein Phönixtrutz, und mit ihnen wachsen noch andere Riesen durch Fusionen und Neugründungen.

An der Spitze des Kohlensyndikates steht heute noch wie 1904 Emil Kirdorf, der Generaldirektor der Gelsenkirchener A.-G. Mit Adolf Kirdorf, dem Bruder des ersteren, was es August Tyssen, der dem Stahlverband als geistiger Vater zum Leben verhalf. Tyssen trat 1909 aus dem Aufsichtsrat von Gelsenkirchen aus; ihm paßten wohl die Pläne seiner Freunde nicht in den eigenen Kram. Die Väter der beiden Verbände sind heute mit ihren Gesellschaften die Großen im deutschen Montanergewerbe, sie haben sich für die Zukunft gesichert, und sehen nun, da der Mohr seine Schuldigkeit getan hat, mit gelassener Ruhe zu, wie die anderen, die ohne ein Syndikat vor schweren Existenzkämpfen stehen, sich Mühe geben, wirtschaftliche Gegensätze, die sich nicht überbrücken lassen, mühselig verkleinern wollen. Gewaltiges geht da vor sich. Aus den wirtschaftlichen Notwendigkeiten der Vereinigungen in große Kartelle, Verbände und Syndikate entwickelt sich der Trust, das zentralisierte Gebilde einer Produktion, das vom Eigenbesitz von der Eigenproduktion der Rohmaterialien ausgehend über die Halbfabrikate bis zum Fertigprodukt und zur Ware alles fertig stellt.

Und wo sind die treibenden Kräfte dieser gewaltigsten Umwälzungen? Die eigentlichen Drahtzieher sitzen in den Großbanken! Sie sorgen für

das Geld zum Bau der Werke — und verdienen dabei; sie schaffen die Mittel zu Erweiterungen — und verdienen dabei; sie sammeln die goldenen Mittel zu Neubauten und technischen Glanzleistungen — und verdienen dabei; sie versorgen den Markt mit den Aktien dieser Werke — und verdienen dabei; sie treiben und regulieren die Preise und Kurse — und verdienen immer wieder dabei!

Und wie ist die Situation der Arbeiter bei solchen Umwandlungen? Es ist schwer, in wenigen Zeilen darüber Auskunft zu geben. Das Eine muß festgehalten werden, die Furcht vor Unterdrückung ist unbegründet, denn mit den Werken wächst auch die Arbeiterschaft und ihre Macht, und nicht zuletzt ihre Organisation.

Unternehmer und Unternehmertum.

Wenn man den Vertretern der bürgerlichen Nationalökonomie glauben dürfte, dann ist der Unternehmer das Gehirn der Welt, zum mindesten der wirtschaftlichen Welt. So bezeichnet ihn der bekannte Sozialpolitiker Brentano in einem Vortrage, welchen der genannte Münchener Universitätsprofessor am 3. Januar 1907 in der Berliner Volkswirtschaftlichen Gesellschaft gehalten hat. Der Rostocker Professor Ehrenberg erhebt ihn zum Lokomotivführer der Volkswirtschaft, und der Wiener Nationalökonom Wieser meint, daß dem Unternehmertum die Führung der Gesellschaft gebühre, weil er ein »führendes gesellschaftliches Werk« zustande gebracht habe.

Alle diese Definitionen ähneln einander, wie ein Ei dem anderen, und ebenso stimmen die übrigen professoralen Auffassungen, wie sie im »Handwörterbuch der Staatswissenschaften« und im »Wörterbuch der Volkswirtschaft« niedergelegt sind, überein. Der Unternehmer ist es, welcher die produktiven Kräfte (Natur, Arbeit und Kapital) vereinigt und verwendet, denn, daß nach bürgerlicher Anschauung das Kapital als ein selbständiger Faktor anzusehen ist, darf im Hinblick auf die praktischen Konsequenzen, die sich daraus für die herrschenden Klassen ergeben, nicht Wunder nehmen. Würde die ursprüngliche Bedeutung des Kapitals als Produktionsfaktor gelehrt werden, so ließe sich dann auch die Vorherrschaft der Unternehmerklasse bestreiten, und das können natürlich die Vertreter der bürgerlichen Oekonomie nicht riskieren. Also muß das Kapital als ein eigener Faktor gewertet werden, der gleichberechtigt neben der Natur und Arbeit steht!

Aber schon Brentano hat — von Karl Marx und seinen Vorgängern abgesehen — die Legende zerstört, daß der Unternehmer ein Produzent ist und herausgebracht, daß auch der Arbeiter, wenngleich nicht Erzeuger des konsumreife Produkts (?), so doch deshalb nicht weniger Produzent eines selbständigen Gutes ist, das er »für eigene Rechnung und Gefahr« zu Markt bringt. »Auch er ist Unternehmer, Unternehmer von Arbeitsleistungen«. Und eben darin besteht seine, des Arbeiters, wirtschaftliche Freiheit, daß er im Gegensatz zu der Gebundenheit vergangener Zeiten nunmehr für sich selbst verantwortlich ist — wenigstens rechtlich. Denn in der rauen Wirklichkeit verhält sich die Sache anders: Der kapitalistische Betriebsunternehmer hat sich in diese Wandlung aus einem Herrn in einen bloßen Arbeitskäufer noch nicht allenthalben gefunden und die Scharfmacherei erhebt kühner als vordem ihr struppiges Haupt. Sie hat auch einen wissenschaftlichen Verteidiger gefunden in der Person des schon genannten Rostocker Professors Ehrenberg, der zum Scharfmacher-Liebling »avancierte«, nachdem es nicht gelungen ist, ihm an der Leipziger Hochschule eine Lehrkanzel zu verschaffen. Dieser Mann, dem ein gewisser gletscheanisch schillernder Spürsinn für nahrhafte Bedürfnisse der Machtthaber nicht abgesprochen werden kann, hat vor einiger Zeit über die Frage nach der wirtschaftlichen Stellung der Unternehmer vor Wiener Industriellen einen Vortrag gehalten, in welchem er seine vor Jahren in einem Buche ausgesprochenen Ansichten über das beregte Thema schärfer und deutlicher zusammengefaßt hat. Wie sehr er sich dabei in Widersprüche verwickelte, soll eine kurze Analyse seines Vortrags demonstrieren.

Die wirtschaftliche Unternehmung, beginnt der Herr Professor sein Referat, ist nicht ein Erzeugnis der »Profitwut des Kapitals«, nicht eine bloße Privatwirtschaft, die man schädigen kann, ohne daß die Volkswirtschaft leidet. »Die Unternehmungen sind die eigentlichen Nährzellen der Volkswirtschaft.« Was Herr Dr. Ehrenberg damit ausdrücken will, ist klar; Streiks sind ein Frevel, die Arbeitsniederlegung ist eine Schädigung der Gesamtheit. Was er aber verschweigt, ist dies: daß Aussparungen dann gleichfalls zu verbieten wären! Ist der Ausstand der Arbeiter eine Frivolität, dann ist die Arbeitsverhinderung durch die Unternehmer ein Verbrechen! Denn entweder sind die Unternehmungen keine Privatwirtschaften, dann hat dies auch der Besitzer und Nutznießer zu respektieren; oder sie sind Erzeugnisse der kapitalistischen Profitwut, dann besteht für die Arbeiter kein zureichender Grund, sie — wenn sie sich geschädigt erachten — zu schonen. Der »wissenschaftliche« Vorstoß des Herrn Professors gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter, der mit der zitierten Begriffsbestimmung der Unternehmungen versucht wird, prallt also wirkungslos an der Tat-

sache ab, daß das Koalitionsrecht der Unternehmer nicht denkbar ist, ohne das der Arbeiter, daß es geradezu auf dem letzteren beruht. Gewiß sollten die Unternehmer endlich damit aufhören, ihre Betriebe als bloße Privatwirtschaften zu betrachten und zu behandeln; gewiß ist ihr Herrenstandpunkt längst unvereinbar geworden mit dem gesellschaftlichen Charakter der von ihnen betriebenen Unternehmungen; gewiß übernehmen sie mit der Inbetriebsetzung einer Fabrik nicht bloß eine Reihe von Rechten, sondern auch eine Reihe von Pflichten gegen ihre Arbeiter und gegen die Gesamtheit. Allein, wer ist es denn, der sich gegen die Versuche der Allgemeinheit, die Verantwortung der Unternehmer zu regulieren, am heftigsten sträubt? Wer beansprucht Privilegien und verweigert die Anerkennung der selbstverständlichen Notwendigkeit, daß das wirtschaftliche Recht für alle Bürger eines Staates gleich sein muß?

Die Unternehmer wollen den Handel mit der Ware Arbeitskraft gerade so monopolisieren, wie den Handel überhaupt. Daß die Betriebe im öffentlichen Interesse zu funktionieren haben, da sie ein allgemeines Bedürfnis befriedigen, das geht ihnen nicht ein; aber die menschliche Arbeitskraft, das persönlichste, individuellste eines jeden, das soll Gemeingut, nein — Strandgut der Ausbeuterklasse werden! Der wichtigste Produktionsfaktor — Eigentum der Kapitalisten?! Eine größere Gefahr kann über den Staat nicht heraufbeschworen werden! Gewiß ist jede Produktion ohne die menschliche Arbeitskraft unmöglich; aber was folgt daraus? Daß man sie dem Unternehmertum zur privaten Nutznießung preisgibt? Daß man sie derjenigen Klasse ausliefert, die, aller sozialen Instinkte bar, nur an sich denkt, wenn sie auch natürlich das Allgemeininteresse vorschützt? Auch die Arbeiter sind der Ansicht, daß die Produktion ein Erfordernis der Gesellschaft, daß sie nur mit ihr und durch sie möglich ist. Aber dann sollen auch die Konsequenzen daraus gezogen, soll die Produktion unter die Kontrolle der Gesamtheit, unter die Verwaltung aller beteiligten und interessierten Produktionsfaktoren, also auch der Arbeiter, gestellt werden. Das Spiel der Unternehmer, welche den Arbeitern Pflichten gegen die Allgemeinheit aufbürden, während in Wahrheit nur der private Vorteil der Ausbeuter in Frage kommt, ohne Pflichten der Allgemeinheit gegenüber den Arbeitern anzuerkennen, dieses grobschlächtige Spiel muß endlich aufhören. Haben die Arbeiter die Pflicht zur Arbeit, dann hat die Gesellschaft die Pflicht, dafür zu sorgen, daß die Unternehmer ihre Betriebe nicht als Privateigentum betrachten, das den Arbeitern nur solange zur Verfügung steht, als daraus ein Vorteil für den Besitzer der Produktionsmittel erwächst. Dann darf das Konjunkturrisiko nicht einseitig auf die Arbeiter abgewälzt werden und die von den Unternehmern zeitweise verhängte Arbeitslosigkeit muß ein Ende nehmen!

Alle diese Konsequenzen ignoriert Herr Professor Ehrenberg, und man muß sich wundern, daß er wenigstens das eine zugibt, daß das Kapital mit Entstehung der modernen Großunternehmung nichts zu tun hat, als — den Profit einzuheimsen. Bei den Riesenbetrieben des Staates und der Gemeinden, der Aktiengesellschaften und sonstigen Kapitalassoziationen spielt der Unternehmer eine wesentlich andere Rolle als bei den Einzelunternehmungen. Bei den ersteren ist er nur ein Organ des Ganzen, bei den letzteren ist er zugleich der Hauptinteressent. Umgekehrt ist das Interesse des Arbeiters mit dem der Großunternehmung identisch, wenigstens hat er hier mehr Aussicht, seinen Vorteil gewahrt zu sehen, wenn die Arbeitsverfassung einer öffentlichen Kontrolle unterliegt, auf die auch den Arbeitern ein Einfluß zusteht. Bei dem Privatbetrieb hingegen überträgt unter allen Umständen das Geschäftsinteresse des Unternehmers, kommt dessen Privatinteresse zu schärferem Ausdruck. Ist es da ein Wunder, wenn infolgedessen auch der Interessengegensatz zwischen Kapital und Arbeit ein größerer ist?

Herr Professor Ehrenberg verwirft natürlich den Klassenkampf, aber er weiß kein Mittel anzugeben, um die Ursache desselben zu beseitigen. Ihm genügt das gewerberechtliche Vertragsverhältnis nicht, und er sieht auch ein, daß das Herrschaftsverhältnis Gefahren in sich birgt. Er faselt von der Arbeitsgemeinschaft, die durch den gemeinsamen Arbeitszweck gebildet wird, der für beide Teile Existenzgrundlage ist. Daß der Unternehmer seine Ueberlegenheit gegenüber dem Arbeiter mißbraucht, kann er nicht leugnen. Aber er begnügt sich mit der inhaltsleeren Sentenz, daß dann die Steigung der Ansprüche an die Arbeitskräfte und das Herabgehen des Lohnes an eine Grenze gelangen, jenseits welcher die Existenzbedingungen der Unternehmung mit denen der Arbeiter in Konflikt geraten.

Ein »sicher wirkendes Heilmittel« dagegen nennt der Herr Professor nicht. Soziale Reformen? Jawohl, wir müssen an einer bestimmten Grenze Halt machen, und über diese Grenze eben wird gestritten. Man sieht, Herr Ehrenberg kommt schließlich doch zu dem viel verpönten Interessengegensatz und dem daraus resultierenden Klassenkampfe, wenn er es auch nicht Wort haben will. Er bestreitet auch nicht, daß manche sozialpolitische Reformen sich bewährt haben. »Arbeiterversicherung ist gewiß nützlich, aber schwerlich Arbeitslosenversicherung, Arbeiterschutz für Frauen und Kinder ist sehr segens-

reich, aber schwerlich ein gesetzlicher Normalarbeitstag für erwachsene Männer. Vernünftige (!) Arbeiter-Organisationen wirken gut gegenüber etwaiger (!) Ueberspannung der Ansprüche an die Arbeitskräfte, haben aber ihrerseits eine gefährliche Neigung, ihre Macht zu überspannen. Wohlfahrts-einrichtungen sind sehr zu empfehlen, wenn sie nicht das Verantwortlichkeitsgefühl und die Selbstständigkeit allzu sehr schwächen« usw. Damit wäre also belläufig die Grenze angedeutet, an der der Herr Professor Halt machen möchte. Aber vielleicht begreift auch er, daß die »Grenze« der Scharfmacher nicht die der Arbeiter sein kann, und daß die Trägheit, die er den Arbeitern unterschiebt, zu den besonders tiefwurzelnden ursprünglichen Eigenschaften der — Unternehmer gehört, die beseitigt werden muß, wenn nicht ein Rückfall in den Naturzustand der Barbarei eintreten soll, wie ihn der Herr Professor befürchtet. Er wird deshalb auch begreifen, daß sich die Arbeiter andere »Lokomotivführer« auserkoren haben, als die Unternehmer sein können, nämlich — ihre Gewerkschaften!

Sign. Kaff («Correspondenzblatt»).



Allgemeines.

Leit für die
gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufs.

Vor 25 Jahren.

Die Gründung des Fachvereins der Steindruck- und Lithographen zu Berlin.

Die gewaltigen Umwälzungen, die die Einführung der Schnellpresse*) besonders in Berlin mit sich brachte, verursachten auch einen nicht unbedeutenden Rückgang der Akkordlöhne. An der Handpresse wurde nämlich meist im Akkord gearbeitet, besonders bei der Massenerstellung der Oeldruckbilder. Es war daher kein Wunder, daß die Einführung der Schnellpresse von den Berliner Kollegen mit sehr gemischten Gefühlen aufgenommen wurde, bedeutete sie doch eine gewaltige Einbuße im Verdienst. Da jede gewerkschaftliche Vereinigung fehlte, mußte man sich diesen Lohnrückgang ohne weiteres gefallen lassen.

Den Hauptstoß zur Gründung einer Gewerkschaftsorganisation für Berlin gab aber eine Arbeitseinstellung in der Firma Friedberg & Silberstein, die wegen bedeutender Ueberzeitarbeit und schlechter Behandlung erfolgte. Die durch Ueberstunden ausgedehnte Arbeitszeit währte meist von morgens 7 bis abends 10 Uhr, vereinzelt sogar bis nachts 12 Uhr, ohne das ein Ueberstundenzuschlag gezahlt wurde. Gegen diesen Uebelstand machten die Kollegen Front. Leider fanden sich aber eine Reihe Streikbrecher, so daß der Ausgang des Kampfes für die Gehilfen ungünstig war. Dieser Streik bewies aber schlagend die Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses. Und nach Schluß einer starkbesetzten Versammlung des Senefelderbundes beauftragten daher die Anwesenden die Kollegen Hendrichs und Linsener mit der Einberufung einer öffentlichen Versammlung und der Gewinnung eines Referenten. Das Referat übernahm der damalige Stadtverordnete Fr. Görki, worauf die Versammlung

*) Wir entnehmen diesen Beitrag dem Kapitel »Der Fachverein der Steindruck- und Lithographen zu Berlin«, das Kollegen Otto Sillier zu der aus Anlaß der Vierteljahrhundertfeier der Verbandsmitgliederschaft herausgegebenen Festschrift beisteuerte.

**) In welcher Weise die Einführung der Steindruckschnellpressen vor sich ging, zeigen folgende Zahlen: Anfang der 70er Jahre wurden die ersten Schnellpressen eingeführt, und schon im Jahre 1885 liefen in Berlin 270 Schnellpressen, allerdings immer noch mit kleineren Formaten. Zur Zeit sind in Berlin zirka 600 Schnellpressen mit annähernd doppelt so großen Formaten in Tätigkeit! Wie die Zahl der Maschinen, so stieg auch die der Maschinendrucker, während die Zahl der Handpressendrucker nur wenig zunahm. Dagegen hat sich die Zahl der Lithographen von 1885 bis heute annähernd verdoppelt. Im Jahre 1885 waren nach einer damaligen Zählung 650 Lithographen und 155 Lithographenlehrlinge, sowie 200 Maschinendrucker, 830 Handpressendrucker und 280 Steindrucklehrerlinge vorhanden. Im Jahre 1909 wurden etwa 1200 Lithographen und 300 Lehrlinge, sowie zirka 1500 Steindruck- (davon gegen 550 Maschinendrucker) und nahezu 300 Lehrlinge gezählt. 1885 betrug also der Prozentsatz der Lehrlinge zur Zahl der Gehilfen bei den Lithographen 24, bei den Steindruckern 27, 1909 bei den Lithographen ebenfalls 24, bei den Steindruckern nur noch 20.

Löhne für ausgebildete Gehilfen waren zu dieser Zeit die denkbar schlechtesten und meist betrug der Anfangslohn für jene Kollegen, unbekümmert ob sie Lithographen oder Steindruckere usw. waren, 12 bis 16 Kronen pro Woche. Die Feiertage mußten oft vollständig eingebracht werden, das heißt die 9 oder 10 Stunden dieses verlorenen Arbeitstages wurden auf die einzelnen Wochentage aufgeteilt und täglich eine Stunde länger gearbeitet, bis dieser Feiertag wieder dem Unternehmer schadlos gemacht wurde. In einzelnen Offizinen wurde er wieder zur Hälfte bezahlt, während der andere halbe Tag vom Lohne abgezogen wurde. Kurz, es herrschte ein Chaos sondergleichen, in jeder Druckerei waren andere Arbeits-, Lehr- und Lohnverhältnisse. Die Lehrlingszuchterei war in der vollsten Blüte und heute noch leiden die graphischen Arbeiter an den Nachwehen dieser damaligen ungesunden Verhältnisse in unserer Branche. Das Wort „Urlaub“ ein Begriff, den die Mehrzahl unserer Kollegen nur vom Hörensagen kannte und es gab nur wenige Glückliche, die schon zu jener Zeit die Wohltaten eines bezahlten Urlaubs kannten. Das Akkordsystem war in vollster Blüte, die Lithographen durften außer ihrer Arbeitszeit für andere Offizinen Hausarbeit machen. Die Bezahlung der Ueberstunden war eine elende, mit einem Worte, die Uebelstände in diesem Kunstgewerbe schrien laut und vernehmlich um Abhilfe. Die Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen waren natürlich noch übler daran.

Als man unter der Leitung bewährter Kollegen Wiens und der Provinzdruckorte endlich die losen Gehilfen-Organisationen und früheren Krankenvereine in ein Verbandsverhältnis brachte, das Vertrauensmännersystem auf gesunde Basis stellte, Widerstandsfonds gründete und die Beiträge dazu dann obligatorisch von den Mitgliedern mit dem jeweiligen Wochenbeitrag einhob, sowie die Verbindung mit dem Auslande im Interesse der graphischen Arbeiter mehr und mehr befestigte, besserten sich die materiellen Verhältnisse der Berufskollegen zusehends. Schon der Abschluß eines Tarifes mit dem Gremium der Lithographen, Stein- und Kupferdrucker Wiens im Jahre 1904 verkürzte beispielsweise die Arbeitszeit der Lithographen um eine halbe Stunde täglich (von 9 auf 8 1/2 Stunden), die der anderen Berufssparten auf 9 Stunden, was in einzelnen Offizinen pro Woche und Person eine Verkürzung um 6 Stunden ausmachte. Weitere Fortschritte brachte der zweite Tarifabschluß den Wiener Kollegen im Jahre 1906, in dem er für die Lithographen und Chemigraphen die 8 stündige und das übrige Personal die 8 1/2 stündige Arbeitszeit festlegte. Was diese Arbeitszeitverkürzung im Jahre bei einem Kollegen allein beträgt, läßt sich ja leicht berechnen. Für die ausgebildeten Gehilfen wurden Mindestlohnsätze von 20 und 22 Kr. erreicht, was bei so manchem Kollegen eine Erhöhung seines Lohnes um 4—8 Kronen betrug. Die Entlohnung der Ueberstunden erhielt eine bedeutende Erhöhung und der planlosen Lehrlingszuchterei wurde durch Festlegung einer Skala immer mehr ein starker Riegel vorgeschoben. Ein noch weiterer Schritt nach vorwärts war der am 26. April 1909 mit dem Wiener Gremium abgeschlossene dritte Tarif, der eine fünfjährige Gültigkeitsdauer hat. Es wurde die achtstündige Arbeitszeit nicht nur für Lithographen, sondern auch für Retuscheure, Licht- und Kupferdrucker festgesetzt, was eine tägliche Verkürzung für diese drei Berufssparten von durchschnittlich 3/4 Stunden bedeutete. Die Arbeitszeit für das Steindruckpersonal wurde von 8 3/4 auf täglich 8 1/2 Stunden herabgedrückt. Die Mindestlöhne wurden erhöht, ebenso die Zuschläge für Ueberstundenarbeit. Die Feiertagsbezahlung wurde schon im 2. Tarif festgelegt, ständige Heimarbeit der Lithographen wird nicht zugelassen, die in einem Betriebe beschäftigten Gehilfen dürfen für andere Anstalten zu Hause keine Arbeit verrichten und die Uebertragung dieses Verbotes berechtigt zur Entlassung. Die Lehrlingskaskala wurde weiter verschärft, das Vertrauensmännersystem von dem Unternehmertum anerkannt, desgleichen die Stellenvermittlung des österreichischen Senefelder-Bundes. Das gesamte Hilfspersonal wurde nahezu mit den gleichen Benefizien wie die Gehilfen in die Tarifgemeinschaft einbezogen, deren Löhne erhöht und zum Schluß der Urlaub im Tarif festgelegt, so daß nach dreijähriger Tätigkeit drei Tage, nach fünfjähriger eine Woche bezahlter Urlaub gewährt wird. Außerdem sind den Lithographen die unbedingten täglichen Gebrauchsgüter (Bleistifte, Tusche, Kreide, Farben, Pauspapier, Federn usw.) gratis beizustellen.

Wenn wir die innerhalb dieser drei nur in Wien allein durchgeführten Tarifabschlüsse erreichte verkürzte Arbeitszeit, die Lohnzulagen, Teuerungszulagen, Urlaub usw. zusammennähmen würden, käme eine Summe heraus, die in die Millionen von Kronen geht, welche unsere Organisation nahezu kampfflos, bloß durch geschickte Taktik und Diplomatie den Unternehmern aus ihrem Sacke geholt hat. Nachdem auch durch den österreichischen Senefelder-Bund in den letzten drei Jahren ähnliche Tarifabschlüsse in der ganzen diesseitigen Reichshälfte erfochten wurden, haben gegenwärtig im ganzen Gebiete unserer Reichs-Organisation die Lithographen, Chemigraphen, Retuscheure, Licht- und Kupferdrucker die 8 stündige, die übrigen Berufssparten inklusive des gesamten Hilfspersonals die 8 1/2 stündige Arbeitszeit, desgleichen einen tariflich festgelegten Urlaub. Das sind Errungenschaften unserer Organ-

sation, deren wir uns garnicht zu schämen brauchen, und angesichts derer wir nur im Interesse sämtlicher graphischer Arbeiter und Arbeiterinnen wünschen würden, daß sie auch in anderen Staaten in absehbarer Zeit erreicht würden, damit die graphische Industrie aller Länder in bezug auf ihre Arbeits-, Lehr- und Lohnverhältnisse an der Spitze sämtlicher Gewerbe marschiert.

Nun noch zum Schlusse einiges über die finanzielle Entwicklung innerhalb der 50 Jahre der Wiener Organisation. Das Saldo am 31. Dezember 1869 betrug 2659,42 Kronen, am 31. Dezember 1879 21773,24 Kronen, am 31. Dezember 1889 50907,38 Kronen und am 31. Dezember 1899 63583,28 Kronen. Die Gesamtleistungen des Vereins innerhalb der ersten 4 Jahrzehnte überstiegen an Kranken-, Invaliden-, Witwen- und Waisen-, Konditionslosen- und außerordentlichen Unterstützungen bedeutend die Summe von 100000 Kronen. Genaue Aufschreibungen aus den ersten Bestandsjahren stehen uns leider nicht mehr zur Verfügung, annähernd ist diese Summe in runden Zahlen jedoch ziemlich richtig. Das erste Vereinsjahr unter der neuen Leitung endete auf allen Linien siegreich und der Rechnungsüberschuß am 31. Dezember 1900 zeigte ein Saldo von 63702,74 Kronen. Nun steigt das Vermögen des Vereins mit dessen Mitgliederzunahme. Saldo Ende 1901: 66148,53 Kronen, 1902: 68416,75 Kronen, 1903: 73113,41 Kronen, 1904: 77506,48 Kronen, 1905: 91189,36 Kronen, 1906: 100392,28 Kronen. Mit diesem Betrage trat der ehemalige Senefelder Verein für Nieder-Oesterreich dem österreichischen Senefelder-Bund als der neugeschaffenen Reichs-Organisation bei, das heißt, er löste sich freiwillig auf und wurde Ortsgruppe Wien I des letzteren. Vom Jahre 1907 ab führte der Wiener Verein seine Mehreinnahmen statutarisch an die Zentrale des Senefelder-Bundes ab. Die Summen betragen für 1907: 9209,36 Kronen, 1908: 13871,57 Kronen, 1909: 3565,81 Kronen. In diesem Jahre äußerte sich in der geringen Mehreinnahme die wirtschaftliche Krise, die auch in Wien stark fühlbar wurde und an die Kasse gewaltige Anforderungen stellte, denen wir aber vollkommen gewachsen waren, dank des guten Fundamentes, auf dem unsere Organisation aufgebaut ist.

Innerhalb der letzten 25 Jahre, und zwar von 1885 bis 1909, von welcher Zeit ein ausführliches Material über die geleisteten Unterstützungen vorhanden ist, wurden ausbezahlt an Krankenunterstützung 205543,— Kr., Invalidenunterstützung 144720,30 Kr., Vialikum 2082,— Kr., Leichenkosten 24371,— Kr., Konditionslosenunterstützung 134476,12 Kr., Reiseunterstützung 10218,46 Kr., Witwen- und Waisenunterstützung 13039,50 Kr., Außerordentlicher Unterstützung 4235,29 Kr., Waffenübungsunterstützung 5135,— Kr., Umzugskosten 4696,67 Kr., Gesamtsumme 548517,34 Kr. Rechnen wir die beiläufige Schätzung der Ausgabe für die Unterstützungen der Jahre 1860—1885 dazu, so ergibt sich für den Wiener Verein innerhalb der 50 Jahre seines Bestehens eine Gesamtsumme für Unterstützungs zwecke von rund 700000 Kronen.

Vielen unserer gegenwärtigen 1160 Mitgliedern ist die *Kranken- und Leichenkassen-Unterstützung* ein notwendiger Zuschuß zu dem Wenigen, was ihnen unsere engherzige Gesetzgebung durch die genossenschaftlichen Zwangskrankenkassen gewährt. Die Arbeitslosenunterstützung schützt sie vor Hunger Delogierung, sowie vor Lohndrückerei an den eigenen Kollegen; die Reise-Unterstützung bewahrt sie vor Betteln und Verkommen auf der Reise; die Invaliden-, Witwen-, Waisen- und außerordentlichen Unterstützungen bieten dem graphischen Arbeiter vollkommen Ersatz für das, was in unserem lieben Oesterreich so schwer und langsam auf gesetzlichem, parlamentarischem Wege zustande kommt: eine staatliche Alters-, Witwen- und Waisen-Versorgung, sie schützt die alten Mitglieder vor dem gewiß traurigen Lose, den Bettelsack schwingen zu müssen oder der erbärmlichen Altersfürsorge der Gemeinde Wien in die Hände zu geraten, die zu wenig zum „Leben“, zu viel zum „Sterben“ gewährt, die ihren alten Pfündnern wohl in ihren Heimen schöne Kirchen baut, aber ungenügende schlechte Nahrung verabreicht.

Und so steht denn heute nach 50 Jahren die Organisation der Wiener graphischen Arbeiter, die gegenwärtige Ortsgruppe Wien I des österreichischen Senefelder-Bundes, da als stolzer Bau, der sich aus bescheidenen Anfängen entwickelt hat zu jener mächtigen Feste, die in kommenden Jahren den Angriffen ihrer Feinde unbesiegbaren Widerstand entgegensetzen und den nachfolgenden Geschlechtern für immer sicheren Schutz gewähren wird. Sie ragt empor als ein weit über die Grenzen des Reiches sichtbares Zeichen von Solidarität und Klassenbewußtsein der Wiener graphischen Arbeiterschaft.

R. K.

Ortsberichte.

Aachen. Hier wettet's wieder. Das konnte man deutlich in der am 1. April abgehaltenen Versammlung erfahren. Die Kollegen konnten sich garnicht für die ausgeschriebene Extrasteuer erwärmen. Aus der lebhaften Debatte ging hervor, daß man sich von oben herab sehr stietmütterlich behandelt fühlt, was auf die gescheiterten Lohn- und Arbeitsbedingungen zurückzuführen ist. Es

wäre wünschenswert, daß bald etwas geschähe, was die Gemüter der hiesigen Kollegen beruhigt und ihnen den Gedanken nimmt, gänzlich verlassen zu sein. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: Die heute im Vereinslokal tagende Versammlung befäßt sich mit der ausgeschriebenen Extrasteuer. Die Kollegen beklagen sich, noch höhere Beiträge leisten zu müssen, trotzdem die anfangs dieses Jahres angestrebte und notwendige Lohnaufbesserung zu Wasser geworden ist. Die Versammlung beschließt, bis zum 1. April 1911 wöchentlich 1,50 Mk. zu zahlen und dann wieder auf den Normalbeitrag von 1,20 Mk. zurückzugehen.

Burgstädt. Wie protzenhaft die Unternehmer unserem Verbands oft gegenüberstehen, sei durch folgenden Fall illustriert. Am Palmsonntag vorbereiteten wir an die zwei Prinzipale einen der Zeit entsprechenden Tarif und ersuchten, mit dem Gauleiter Leinen-Dresden darüber zu verhandeln. Dieser Tarif war dem des Schutzverbandes von 1906 angepaßt. Wir wollten nur nach ca. 5 Jahren auch einige Verbesserungen haben, um gegenüber den Kollegen anderer Orte nicht allzuviel zurückzustehen. Verlangt wurde für Lithographen die 8- und für Steindruckere die 9-stündige Arbeitszeit, sowie Ferien und Lohnerhöhungen. Jetzt besteht die 9 1/2 und 10 stündige Arbeitszeit inklusive 1/4 stündiger Frühstücks- und Vesperpause. Auch in bezug auf die Lohnverhältnisse liegt es sehr im Argen. Löhne von 22 bis 25 Mk. erhalten Kollegen, die 8, 16 und 22 Jahre in ein und derselben Anstalt beschäftigt sind. Als nun Kollege Leinen vorstellig wurde, war es gerade der Inhaber dieser Firma, Herr Krubig, der nicht mit ihm verhandeln wollte; er wies ihm einfach die Tür, wobei er bemerkte: mit fremden Menschen wollte er nichts zu tun haben, das mache er selbst mit seinen Arbeitern ab. Daraufhin wählten die Kollegen in der Firma eine Kommission, um weitere Schritte einzuleiten. Die Kommission bekam die Antwort, inach den Feiertagen wolle er verhandeln. Doch nach dem Feste erklärte der noble Herr, überhaupt nicht zu verhandeln und auch nichts bewilligen zu wollen. Ja, er verstieg sich sogar soweit, den schärfsten Terrorismus anzuwenden und von einem Kommissionsmitglied zu verlangen, alles niederzulegen und auch sofort aus dem Verbands auszutreten. (Schon 1905 hatte dieser Chef versucht, seine Leute dem Verbands abwendig zu machen, aber ohne Erfolg.) Dieses Ansinnen wurde selbstverständlich zurückgewiesen und die Folge war, daß unser Kollege am 1. April mit Ausbezahlung des Lohnes für 14 Tage sofort entlassen wurde. Herr Krubig will das Koalitionsrecht der Arbeiter mit Füßen treten, aber er selbst ist im Fachverband organisiert. Allen Kollegen möge die Entlassung eines Kommissionsmitgliedes eine Mahnung sein, denn unbekümmert, ob wir 20 Jahre und noch länger in einem Geschäft tätig sind, setzt man uns einfach auf die Straße, sobald wir krank werden oder sonst etwas passiert. Der Moloch Kapitalismus kennt kein Erbarmen. Dann heißt es: Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen. Nur Geschlossenheit und Einigkeit führt zum Ziel und flößt den Unternehmern Respekt ein. Darum laßt euch nicht einmüllen auf irgend welche Art, sondern werdet tätige Gewerkschafts- und Kampfkollegen.

Crefeld. Die Mitgliederversammlung vom 2. April beschäftigte sich mit der in Halle beschlossenen und von Hauptvorstand und Ausschuss sanktionierten Extrasteuer. Der Gauleiter des Bezirks Kollege Bauknecht gab einen ausführlichen Bericht über die Vorgeschichte der Extrasteuer und suchte die Anwesenheit von der zwingenden Notwendigkeit ihrer Erhebung zu überzeugen. Die Versammlung gab jedoch fast einstimmig ihr Mißfallen über diese neueste Anordnung Ausdruck. Bei aller Anerkennung der Gründe, die für die Schaffung eines starken Kampffonds sprächen, hielt man doch die überbillige Ausschreibung für ein verkehrtes Beginnen und für nicht geeignet, die Begeisterung für die Organisation zu fördern. Die Versammlung lehnte die Erhebung der Extrasteuer in jeglicher Form ab und nahm einstimmig folgende Resolution an: „Die Versammlung sieht in der neu ausgeschriebenen Extrasteuer eine Maßnahme, die geeignet ist, eine tiefe Mißstimmung und Beunruhigung in den Kreisen der Mitglieder hervorzurufen und die Agitation zur Gewinnung neuer Mitglieder auf lange Zeit hin lahm zu legen. Sie hätte sich umso mehr vermeiden lassen, als die demnächst stattfindende Generalversammlung sich mit einer bessern Gestaltung unserer Kassenverhältnisse in erster Linie beschäftigen muß, wobei sich ein besserer Weg zur Gründung eines Kampffonds, etwa durch Verminderung der Unterstützungsätze, hätte finden lassen. Bei aller Würdigung der Gründe, die für die Schaffung eines solchen sprechen, hält sie doch die gegenwärtige wirtschaftliche Lage für den ungeeignetsten Zeitpunkt, eine solche Maßnahme zur Durchführung zu bringen.“

Otha. Am 23. März hielt die hiesige Zahlstelle ihre Monatsversammlung ab, in der die vom Hauptvorstand angesetzte Beitragserhöhung von 1,30 Mk. auf 1,50 Mk. eingehend besprochen wurde. Wie man voraussehen konnte, waren sämtliche organisierten Kollegen erschienen. Der Beschluß des Hauptvorstandes rief eine erregte Debatte hervor. Betont wurde, daß der Beitrag von 1,30 Mk. für die hiesigen Verhältnisse reichlich hoch bemessen wäre. Man solle doch auch die örtlichen minimalen

Lohnverhältnisse mit in Betracht ziehen. In Bezug auf die Form der Einziehung entschied man sich für Beitragsmarken zu 1,50 Mk. wöchentlich, doch möchten wir bemerken, daß es wohl schwer halten wird, bei einer derartigen Erhöhung des Beitrages die hiesigen noch fernstehenden Kollegen für unsere Sache zu gewinnen. Durch eine einstimmig angenommene Resolution wurde beschlossen, die Generalversammlung abzuwarten und sich der Mehrheit zu fügen. (Hauptvorstand und Ausschuß haben keine Beitragserhöhung von 1,30 Mk. auf 1,50 Mk., sondern eine Extrasteuer von 20 Pfg. wöchentlich auf ein Jahr ausgeschrieben. Eine dauernde Beitragserhöhung haben Hauptvorstand und Ausschuß durch diese Ausschreibung nicht beabsichtigt. D. Red.)

Hannover. Nach Anhörung eines Vortrages über Entstehung und Entwicklung der Ethik nahm die Versammlung vom 31. März auch Stellung zu der vom Vorstand und Ausschuß ausgeschrieben Extrasteuer. Kollege Schnetter zitierte den bekannten Ausspruch des Generals Trivulzio, daß zum Kriegsführen dreierlei Dinge nötig seien: Geld, Geld, Geld. Dieser Ausspruch sei wohl zutreffend, aber doch nicht ganz richtig. Zum Kriegsführen gehöre nicht nur viel Geld, sondern vor allen Dingen auch eine gut geschulte Kampfstuppe. Beide Voraussetzungen müßten erfüllt sein, sollte eine siegreiche Durchführung eines Kampfes möglich sein. Und das, was für den allgemeinen Völkerkrieg gelte, gelte selbstverständlich auch für den gewerblichen Krieg. In unserm Berufe lebten wir ständig in einer großen Kriegsgefahr. Der Schutzverband, dieser prononzierte Störer des Gewerfriedens, suche bei jeder kleinen Differenz unsern ganzen Beruf mit einem verheerenden Kriege zu überziehen. Gegen dieses frivole Verhalten des Schutzverbandes gelte es sich zeitweilen ordentlich zu wappnen! Denn gelänge es dem Schutzverbande, uns unvorbereitet zu überfallen und niederzuwerfen, dann sei uns auf lange Zeit hinaus jedes Vorwärtskommen unmöglich gemacht. Kein Kollege möchte wohl wünschen, daß dieser mögliche Fall einmal eintrete, darum müßte auch jeder mithelfen, uns hinreichend wehrhaft zu machen. Unsere Kriegskasse bedürfe sehr der Auffüllung, und das Heer unser Kämpfer sei auch noch nicht so geschult, wie es sein müßte. Die Gleichgültigkeit vieler Kollegen, die der Versammlungsbesuch kund gibt, sei schon der beste Beweis dafür. Doch stünde heute nur die Geldfrage auf der Tagesordnung. Es sei mit Freuden zu begrüßen, daß der Vorstand unter Zustimmung des Ausschusses dem Drängen vieler Zahlstellen stattgegeben und zur Auffüllung unser Kriegskasse eine Extrasteuer ausgeschrieben hat. Da nun auch von Hannover aus entsprechende Anträge an den Vorstand gestellt worden seien, sei zu erwarten, daß es kein Kollege wagen werde, dieser Maßnahme des Vorstandes seine Zustimmung zu versagen. Die Form der Ausschreibung der Extrasteuer sei aber zu bemängeln. Es sei nicht mit der Gerechtigkeit zu vereinbaren, daß nur die Vollmitglieder zu dieser Steuer herangezogen würden. Man müsse doch im Auge behalten, daß die Extrasteuer nicht nötig gewesen wäre, wenn nicht infolge der durch die Krise herbeigeführten erhöhten Arbeitslosigkeit aus unser Gewerkschaftskasse so viel Zuschüsse zur allgemeinen Unterstützungskasse hätten geleistet werden müssen. Nach den letzten drei Abrechnungen seien allein im I. II. u. III. Quartal 1909 84000 Mk. von der Gewerkschaftskasse in die allgemeine Unterstützungskasse übergeführt worden. Es widerspreche der Gerechtigkeit, daß diese Gelder, die doch von den sogen. Halbmitgliedern mit aufgebracht worden seien, nun allein die Vollmitglieder aufbringen sollen. Der Vorstand hätte auch die Möglichkeit gehabt, die Halbmitglieder zu dieser Steuer heranzuziehen; er hätte nur der Ausschreibung eine andre Form zu geben brauchen. Die Extrasteuer hätte zur Rückzahlung der Zuschüsse aus der Gewerkschaftskasse für die allgemeine Unterstützungskasse erhoben werden müssen. — Sämtliche Redner stimmten diesen Ausführungen bei. Nur ein Redner glaubte sich im Namen verschiedener Kollegen gegen die Extrasteuer aussprechen zu müssen. Diese Steuer sei nicht nötig, man könnte die gleichen Summen, die durch sie aufgebracht werden sollten, an den Verwaltungskosten sparen. Wie und wo das geschehen könnte, das konnte dieser kluge Kollege, der die Meinung solcher Mitglieder vertrat, die sich nie in einer Versammlung sehen lassen und auch sonst zu nichts zu haben sind, natürlich nicht verraten. Es war daher ein leichtes, diese Theorie der Potsdammer von der »altpreußischen« Sparsamkeit, die auch hier, wie an verschiedenen Orten, unter den notorischen Versammlungsschwärmern Anhänger gefunden hat, abzutun. Man sprach auch seine Verwunderung darüber aus, daß die Offenbacher Kollegen die Ausschreibung der Extrasteuer als eine Ueberumpelung der Mitgliedschaften bezeichneten. Diese Kollegen müßten wohl keine Presse gelesen und nichts von den jüngsten Ereignissen im Berufe vernommen haben? Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

Die Zahlstelle Hannover des Verbandes der Lithographen, Steindruck u. verw. Berufe billigt die Ausschreibung einer Extrasteuer; sie hält es aber nicht mit der Gerechtigkeit vereinbar, daß diese Steuer nur von den Vollmitgliedern gezahlt werden soll. Die Zahlstelle Hannover ersucht daher den Hauptvorstand und den Ausschuß, die Ausschreibung der Extrasteuer dahingehend zu revidieren, daß auch die nur der Invaliden- und allgemeinen Unterstützungs-

kasse angehörenden Mitglieder davon betroffen werden. Die übrigen Mitgliedschaften werden gebeten, sich diesem Ersuchen anzuschließen. Ebenso einstimmig wurde dann noch beschlossen, die Extrasteuer durch Zuschlag auf den Beitrag zu erheben.

Der Lithograph.

Teil für die Interessen der Lithographen, Kartographen, graphischen Zeichner und Maler.

Deutscher Lithographen-Bund in Liquidation.

Abrechnung vom 1. Januar bis 31. März 1910.

Einnahmen:		N.	¢
Kassenbestand am 31. Dezember 1909		5787	56
Zinsen		7	—
Summa:		5794	56
Ausgaben:		N.	¢
Krankengeldzuschuß:			
176 Tage à 1,— Mk.		176	—
94 " à 0,66 "		62	04
45 " à 0,33 "		14	85
Porti und Sonstiges		11	69
Verwaltung		25	—
Kassenbestand am 31. März 1910		5504	98
Summa:		5794	56

Für die Richtigkeit:
L. Plank, Geschäftsführer.
Beisitzer: T. Ott. A. Schulz.

Die photomech. Fächer.

Teil für die Interessen der Chemographen, Reproduktionsphotographen, Lichtdrucker, Kupferstecher u. -Drucker.

Aus den Sektionen.

Leipzig (Technische Vereinigung für Photochemigraphie). Der am 9. Februar stattgehabte Diskussionsabend wurde mit einem kurzen Referat des Herrn Horn über »Strichätzung« eingeleitet. Redner ließ die älteren, sowie die neueren Methoden des Strichätzens Revue passieren, um dann näher auf die zur weiteren Veranschaulichung ausgelegten Abzüge von in Strichätzung ausgeführten Arbeiten, wie Briefköpfe, Konstruktionszeichnungen, Landkarten, Wertpapieren u. a., einzugehen. In der Diskussion wurde hauptsächlich die Wertpapiertechnik erörtert. Bei Erledigung des Fragekastens gab es eine interessante Frage zu beantworten und zwar handelte es sich um folgendes: »Auf was ist das Durchätzen oder Abblättern der Emaille bei Kupferautos zurückzuführen und welche Mittel sind anzuwenden, um das Genannte zu beseitigen? Diese Frage gab zu einem regen Meinungsantausch Anlaß, doch waren die meisten Redner der Ansicht, daß es ohne Kenntnis der näheren Umstände und der Zusammensetzung der Leimlösung schwer sei, hier Abhilfe zu schaffen. — Am 2. März verbreitete sich Herr Dr. E. Goldberg im Hörsaal der Kunstakademie in sehr anschaulicher Weise über das Thema »Rasterwinkel und Moirébildung beim Drei- und Mehrfarbendruck«. Ausgehend von der Benutzung von Linienlagen bei der Herstellung von Landkarten zeigte der Referent mittels Lichtbildern zunächst die verschiedenen Moirébildungen bei verschiedenen Winkeln unter Anwendung von einfachen Linienrastern, um sich hierauf den in heutiger Zeit angewandten Kreuz- oder Diagonalrastern zuzuwenden. Hierzu projizierte der Referent diverse Raster mit verschiedenen Linienweiten in den mannigfaltigen Winkelungen. Die hierbei in Erscheinung getretenen Moirégebilde waren ganz abweichend von den vorher gesehenen. Während beim einfachen Linienraster das »Moiré«, bei entsprechender Winkelung ganz aufgehoben werden konnte, zeigte es sich, daß beim Diagonalraster, selbst bei der günstigsten Winkelung, wenn auch nicht ein direktes »Moiré«, so doch ein eigentümliches Muster vorhanden ist. Eine Besichtigung der Räumlichkeiten für Reproduktions-Technik in der Akademie bildete den Schluß des lehrreichen Abends. — Am 14. März wurde die Fachbibliothek eröffnet. Sie umfaßt neben den monatlich und wöchentlich erscheinenden Fachzeitschriften, auch eine Anzahl praktischer und wissenschaftlicher Werke und Lehrbücher. Die Bücher werden für Mitglieder der Vereinigung unentgeltlich ausgeliehen. Die Ausgabe erfolgt aller 14 Tage Montags und zwar an den Sitzungsabenden der Technischen Kommission von 7—8 Uhr abends, sowie an den Vortragsabenden der Vereinigung.

Die Tapetenbranche.

Aus den Sektionen.

Bietigheim (Berichtigung). Zu dem mit H. P. unterzeichneten Artikel »Autorität oder Majorität« in No. 9 der »Gr. Pr.« brachte Kollege W. in No. 12

eine »Erwiderung und Berichtigung«, in der neben andern Zahlstellen auch Bietigheim genannt und einer ungerechten Kritik unterzogen wird. Wo in aller Welt hat Kollege W. gelesen oder gehört, daß die hiesigen Formstecher die Forderungen zurückgezogen hätten? Das ist uns nie eingefallen. Nachdem unsere Forderungen wiederholt abgelehnt wurden, haben wir beschlossen, die Verhandlungen abbrechen und dem Hauptvorstand bzw. der Zentralkommission anheim zu stellen, weitere Schritte zu unternehmen. Dies wurde den betreffenden Stellen mitgeteilt. Nachdem dann die Verhandlungen in Hannover beendet waren, nahmen wir von selbst Veranlassung, wieder in Unterhandlung zu treten und das in Hannover Beschlossene wurde dann auch hier bewilligt. Hierüber ist dem Hauptvorstand Bericht zugegangen. Möge sich also Kollege W. in Zukunft immer erst Klarheit verschaffen, bevor er mit Behauptungen an die Öffentlichkeit tritt.

Itzehoe. In unserer Versammlung vom 19. März kamen zunächst die Ergebnisse der Verhandlungen in Hannover zur Sprache. Die Kollegen waren der Ansicht, daß die Zugeständnisse der Unternehmer viel zu gering seien, da sie in manchen Stechereien schon überholt wurden. Daß sich die Kommission dabei noch auf 2 1/2 Jahre gebunden habe, sei einfach unverständlich. Wenn unsre Vertreter energischer aufgetreten und weniger entgegenkommend gewesen wären, hätte mehr erreicht werden müssen. — Eine noch schärfere Debatte rief die Einführung der Extrasteuer hervor. Seit dem Uebertritt der Formstecher ist kaum ein Jahr verflossen. Trotzdem kommt die Zentraleitung schon zum zweiten mal mit einer Beitragserhöhung, und zwar diesmal sogar um 20 Pf. Sie soll allerdings nur zu Kampfzwecken und auf ein Jahr erhoben werden, aber die Meinung ist weit verbreitet, daß sie schließlich ständig werden wird. Wo soll denn das hinführen? Müssten denn immer Extrasteuern gezahlt werden? Sind denn die Beiträge nicht so wie so schon hoch genug, so daß vielen Kollegen die Bezahlung schwer wird? Und dabei stehen die Unterstützungen in keinem Verhältnis zu den Beiträgen. (Unser Verband hat das ausgedehnteste Unterstützungswesen, das, wie die Abrechnungen beweisen, Riesensummen verschlingt, weshalb sogar die Mittel der Gewerkschaftskasse dafür angegriffen werden müssen! D. Red.) Wenn der Hauptvorstand durch solche Maßnahmen die fernstehenden Kollegen zu gewinnen glaubt, dann irrt er gewaltig, denn schließlich werden manche dem Verband sogar den Rücken kehren. Aus diesem Grunde empfehlen wir die Einführung von zwei Klassen, um dadurch auch den weniger Bemittelten gerecht zu werden. — Zum Schluß wurden noch die Verhältnisse in der hiesigen Firma Schreiber besprochen, die ihr Personal in 1 1/4 Jahren drei mal gewechselt hat. Trotzdem bekommt sie immer wieder Stecher, die aber schon nach kurzer Zeit wieder abdampfen, da entweder der Lohn zu niedrig oder die Arbeit zu Ende ist. Der Chef mutet den Kollegen auch Akkordarbeit zu. Auf diese Weise hat die Firma dem Verbands schon viel Geld für Reiseunterstützung gekostet. Wir raten daher den Kollegen dringend ab, nach Itzehoe zu kommen, da die Arbeitsgelegenheit in der genannten Firma doch nicht von Dauer ist.

Feuilleton.

Zum 25. Stiftungsfeste der Berliner Mitgliedschaft.

Jubelfeier! Ein Glockenton
Ruft von des Daseins harter Fron
Ab zu heiterem Reigen.
Jubelfeier! Ein Freudenklang!
Tönt wie jauchzender Kindersang,
Klingt wie Flöten und Geigen.

Und wir wenden den leuchtenden Blick
Auf das Vierteljahrhundert zurück,
Stehn in frohem Gedenken . . .
Sehn im Geist, wie in erster Stund'
Erste Männer in steinigem Grund
Still ein Reislein senken.

Wurzeln schlug der zarte Sproß
Fest im Boden; stark und groß
Und dem Licht entgegen
Wuchs der Stamm, und Ast um Ast
Trieb er, und seine Blütenlast
Wurde fruchtbarer Segen.

Heute steht er stolz und stark,
Groß und prächtig! Und fest im Mark
Wölbt er die breite Krone,
Schützt er das weitüberdachte Land,
Sorgt er, daß Hagel, daß Sonnenbrand
Immerdar es verschone . . .

Unter seinem starken Schutz
Kämpfen wir, und dem Feind zum Trutz
Woll'n wir den Baum des Verbandes
Hegen und pflegen wie gestern so heut,
Heute wie morgen und alle Zeit,
Stolz im Gefühl unsres Standes.

Schlingt die Hände! Die alte Treu',
Heute geloben wir sie aufs neu':
»Alle stehen für Einen,
Einer für Alle!« Und fort und fort
Möge uns dieses Treuewort
Unter dem Baume vereinen!

Fierlich zum Wipfel empor
Dringt das Gelöbnis, und unser Ohr
Hört ein brausendes Rauschen,
Gleich als würd' er vom Lenzsturm bewegt,
Der alle Fesseln zerbricht und zerschlägt
Und wir stehen und lauschen...

Krachend die Decke des Winters bricht,
Neue Sprossen suchen das Licht,
Tausend Keime erpriesen.
Freudenfeier! Ein Sonnenrot
Leuchtend den Horizont umloht,
Das wir jubelnd begrüßen!

Eine Jubiläumsschrift.

Jubiläumsschriften sind keine Seltenheiten mehr in der Arbeiterbewegung; von Jahr zu Jahr mehren sich die Gelegenheiten, solche zu begeben. Das bedeutet, daß die Arbeiterbewegung anfängt, eine Vergangenheit zu bekommen. Und so wird denn fast regelmäßig die Gelegenheit eines Jubiläums von den beteiligten Korporationen und dergleichen benutzt, um sich rückblickend über die Geschehnisse dieser Vergangenheit Rechenschaft zu haben. Auf solcher Weise wird ein gut Teil der Geschichte der Arbeiterbewegung geschrieben.

Auch unsere Kampforganisation kommt nun in die Jahre; auch sie fängt an Jubiläen zu feiern. So begeht in diesen Tagen die Berliner Mitgliedschaft das Fest des fünfundzwanzigjährigen Bestehens. Auch sie hat, getreu dem obengenannten Brauch, eine Schrift herausgegeben, die bestimmt ist, die Ereignisse des verflossenen Vierteljahrhunderts festzuhalten und dem Nachwuchs zu überliefern. Die Schrift erscheint unter dem Titel: **Festschrift. 25 Jahre Organisationsarbeit der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe in Berlin.** Auch dieses Buch will ein Stück Geschichtswerk sein, würdig der Gelegenheit seines Erscheins. 25 Jahre steilen Kampfes und schwerer Arbeit liegen hinter uns: Das ist die Bedeutung, der Inhalt der Feier selbst. Der gleiche Gedanke spiegelt sich in dem Buch.

Es wird eingeleitet durch ein Festgedicht, verfaßt von **Paul Barthel**, dem Herausgeber der Schrift.

Jubelfeier! Ein Glockenton
Ruft von des Daseins harter Fron
Ab zu heiterem Reigen.

So beginnt es. Wir sehen im Geist, wie die Kämpfer ums Recht aufblicken, um dem Glockenton zu lauschen und seinem einladenden Ruf zu folgen.

Die Schilderung der bisherigen Arbeit derer, die zur Feier rüsten, liegt in den übrigen Beiträgen der Schrift vor uns. **Hermann Müller** beginnt mit einem Aufsatz: *Unser Verband, seine Vorläufer und seine Entwicklung.* In großen Zügen gibt er eine Schilderung der hauptsächlichsten Entwicklungsstadien unserer Organisation. Schon frühzeitig bestanden kollegiale

Vereinigungen zum Zwecke gegenseitiger Unterstützung der Berufsangehörigen. Bereits 1873 konnte ein Hamburger Verein sein fünfundzwanzigjähriges Jubiläum feiern. Lange glaubte man, der Organisationen zur Hebung der Berufsfrage nicht zu bedürfen. So kam es denn, daß die Unternehmer früher zu einer Organisation gelangten, als die Arbeiter: eine 1872 entstehende Vereinigung Berliner Steindruckerei-Besitzer umfaßte in ihrem Gründungsjahre bereits 83 Firmen. Das gab auch den Arbeitern Anlaß zu einem Schritt in gleicher Richtung. Eine entsprechende Bewegung kam in Berlin und anderen Städten in Gang, die 1873 zur Gründung einer ersten Zentralorganisation für Kampfzwecke führt. Bald jedoch ging der Zusammenhang und auch das Prinzip des Kampfes wieder verloren. Es folgte eine Zeit trostloser Verwirrung, an der allerdings das Sozialistengesetz einen guten Teil die Schuld trug. Nichts war in dieser Zeit beständig als der Wechsel der Personen und der Anschauungen. Erst 1885 bekam die Entwicklung eine andere Richtung durch die Gründung des Fachvereins der Steindrucker und Lithographen in Berlin. Das war das Ereignis, dessen Jubiläum wir jetzt feiern.

In dem zweiten Aufsatz der Schrift behandelt es **Otto Sillier** näher unter dem Titel: *Der Fachverein der Steindrucker und Lithographen zu Berlin.* Der Fachverein wurde im Kampf geboren; ein Streik in der Firma Friedberg & Silberstein gab den Anstoß zur Gründung. Das drückte der neuen Organisation den Stempel auf, den sie heute noch trägt. Aber nicht nur im Kampf mit der Unternehmerschaft, auch im Kampf mit der Polizei verlebte der junge Verein die ersten Jahre seines Bestehens, denn noch lastete das Schandgesetz auf der deutschen Arbeiterschaft. Sillier schildert uns eingehend, wie schwer es war, allen Unbilden der Zeitverhältnisse Herr zu werden, wie es aber trotzdem der zähen Ausdauer der Kollegen gelang, den Verein aufrecht zu erhalten und zur Blüte zu bringen. Er wurde der Keim der neuen Zentralisation, die 1889 ins Leben trat. So hatten sich endlich aus dem Chaos des gärenden Urstoffes von allerlei Berufsvereinen der Anfang unserer Kampforganisation herauskristallisiert.

Sehn im Geist, wie in erster Stund'
Erste Männer in steinigem Grund
Still ein Reislein senken.

So heißt es im Festgedicht.

Dem Artikel des Kollegen Sillier folgt der Abschnitt: *Die Entwicklung der Berliner Verbandsmitgliedschaft in den einzelnen Filialen.* In ihm wird die Tätigkeit der einzelnen Branchenfilialen dargestellt. Sie alle haben wohl Eigenleben, haben ihr gutes Teil Arbeit für ihre besonderen Interessen. Aber trotzdem klingt uns aus jedem Abschnitt ent-

gegen, daß sie wahre Bedeutung nur durch ihren Zusammenschluß erlangen konnten.

Auch das Baby des Verbandes, die *Lehrlingsabteilung*, wird in ihrem Wirken geschildert. Es scheint trotz seiner Jugend schon ein recht kräftiges Bürschen zu sein, an dem wir auch unsere Freunde haben werden, wenn wir es recht gut pflegen und beständigen. Schließlich gelangen auch die übrigen Einrichtungen der Berliner Mitgliedschaft zu ihrem Recht. Sie allen wirken und schaffen ja zum Wohle der Kollegschaft. So sorgt der *Bildungs-Asschuß* für Erweiterung und Vertiefung der Geistesbildung unserer Kollegen im Sinne des geistigen Proletariats; die *Unterstützungs-Kommission* veranstaltet Matineen usw., um mit den Ueberschüssen in Not geratene Kollegen aufzurichten; die *Vergnügungs-Kommission* und *Gesangverein Senefelder* pflegen gemeinsam die kollegiale Geselligkeit, ein Amt, das in dem großen Berlin mit seinen vielen Ablenkungen nicht gerade leicht ist.

Endlich bringt der Kollege **Barthel** einen Schluffartikel, in dem er eine zusammenfassende Darstellung der Arbeit der Berliner Mitgliedschaft und die Ursachen für Erfolge und Mißerfolge bespricht.

So der Inhalt des Buches. Er zeugt nicht nur von Fleiß und Eifer der Mitarbeiter, sondern auch von trefflichem Können. Das Material ist überall mit großem Geschick gesichtet, die Darstellung immer klar und die Schreibweise oft recht interessant und anregend.

Und ebenso ist die rein äußerliche Gestaltung des Buches, die vom Kollegen **Fritz Hoenniger** besorgt wurde, durchaus gut. Papier, Schrift und Ornamente sind von ihm ausgewählt resp. entworfen; sie zeigen ein hochentwickeltes Talent und einen fein ausgebildeten künstlerischen Geschmack. Geschmückt ist das Buch ferner durch drei in Lithographie ausgeführte farbige Kunstbeleggen, die Embleme der Hauptsparten unseres Berufes in moderner Auffassung darstellen. Die Entwürfe kommen ebenfalls von der Hand Hoennigers.

Wir können das Buch, dessen Preis außerordentlich billig ist, mit gutem Gewissen zur Anschaffung empfehlen. Den alten Kämpen werden bei seinem Studium manche Erinnerungen an heiße und doch so schöne Kampfstage im Dienste der Gesamtheit auftauchen. Dem jungen Nachwuchs aber wird es ein Lehrbuch und zugleich Ansporn zur Nacheiferung sein. Den Gegnern aber mag es zeigen, was wir können!
R. S., B.

Eingänge.

Verband der Bäcker, Konditoren und verwandten Berufsgenossen Deutschlands. Jahrbuch 1909. Verlag von O. Allmann, Hamburg, Besenbinderhof 57, Gewerkschaftshaus. 303 Seiten 8^o.

Stellenangebote

Positiv-

Retuscheure,

die speziell in Maschinenretusche geübt und darin Vorzügliches leisten, suchen zum baldigen Antritt
[2,70]
Böhme & Co., G. m. b. H., Magdeburg-West.

Tüchtige Positiv-

Retuscheure,

speziell für *Maschinenretusche*, zum sofortigen Antritt gesucht. [3,]
J. G. Scheiter & Giesecke, Leipzig, Brüderstr. 26/28, Reproduktionsanstalt.

Erstklassiger

Dreifarbenätzer,

welcher seine Arbeiten selbst fertig macht, wird für Seemann'sche Gemälde (Reproduktionen) in gutbezahlte, angenehme und dauernde Stellung gesucht. Gef. Off. an [3,]
Kirstein & Co., Leipzig-Pl. erb.

Tüchtiger

Repr.-Photograph

für *Auto* und *Strich*, der auch in *Emulsion* bewandert ist, gesucht. Ang. mit Gehaltsansprüchen u. Zeugnisabschr. erbeten an: **Sinsel & Co., G. m. b. H., Graphische Kunstanstalt, Oetzsch-Leipzig.** [3,-]

Ia. Farbenätzer,

nur sicher arbeitende Herren, die auf dauernden Posten reflektieren, sucht per sofort **Kunstanstalt** [2,10]
A. Krampolek, Wien IV/2.

Ia. Farbätzer-Fertigmacher

Ia. Nachschneider

Autoätzer f. Farben u. Schwarz, Auto- u. Strichätzer m. d. Routingmaschine.
sowie mehrere

vertr. per sof. ges. von **Gr. Kunstanst. „Zorza“, Krakau, Krzywagasse 7.**

Wir suchen sofort tüchtige

Pos.-Retuscheure

für feinste Maschinen-Retusche in dauernde Stellung. Off. m. Mustern od. Zeugnisabschr. u. Gehaltsanspr. an **Brend'amour, Simhard & Co., Düsseldorf-Oberkassel.**

Koplerer,

erste Kraft für Strich sofort gesucht. Solche, die im Rastereinkopieren erfahren, bevorzugt. [2,40]
Meisenbach Riffarth & Co., Berlin-Schöneberg, Hauptstr. 8.

Verschiedenes

Die neuesten

.. Vorlagen ..

für das *graphische Gewerbe* stets vorrätig bei [2,10]
C. F. Schulz & Co., Plauen, Kunstgewerbe-Buchhandlung
Bitte portofreie Ansichtssendung unter Angabe des Bedarfs zu verlangen

Bettmässen!

Befreiung garantiert sofort. Auskunft umsonst. Alter, Geschlecht angeben! **Institut „Sanitas“, Volburg [240] (Bay.)** [1,80]

Umdruckpapiere

„Graufucht“ und **„Celluloid“** für feinste Merkantil- und Raster-Umdrucke empfiehlt **Carl Mohwinkel, Hannover, Lithographiesteine** und Artikel für die Druckindustrie.

Verbandsnachrichten

Achtung Karlsruhe!

Vorsitzender **Jos. Krieg**, Rüggererstraße 8, Kassierer **E. Glatz**, Uhlandstraße 21, III, woselbst die Reise- und Arbeitslosenunterstützung zur Auszahlung gelangt.

Achtung Barmen!

Alle Zuschriften und Anfragen sind von heute ab an den 1. Vorsitzenden, **Dominikus Glauco**, Karnagerstr. 25a zu richten. R.-U.-A. **Wilh. Beste**, Paradestr. 32, II.

NB. Bitten auch noch um Angabe der Adresse des Kollegen **Hermann Georgi**, B.-No. 8703.
Die Verwaltung.

Chiffre-Inserate

finden auch unter der Rubrik *Stellen-gesuche* im Arbeitsmarkt keine Aufnahme mehr.
Die Expedition.

Sonntag, den 17. April, nachm. 6 Uhr
in der „Neuen Welt“, Hasenheide 108-114

Vierteljahrhundertfeier

der Berliner Verbands-Mitgliedschaft
bestehend in *Künstler-Konzert, Solo- und Männerchorgesang, Festrede, Rezitationen*
und daran anschließendem Tanz

Eintrittskarten zum Preise von 50 Pf. für Damen und 75 Pf. für Herren, einschließlich Tanz, sind bei den Vertratensmännern und im Bureau zu haben

Alle Kollegen und ihre Angehörigen, besonders auch die Mitglieder benachbarter Verbandsmitgliedschaften, sind zu dem fünfundzwanzigjährigen Stiftungsfeste unserer Kampforganisation in Berlin bestens eingeladen

[9,60] **Die Filial-Verwaltungen**